

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Christian Klingen

Abg. Alexander König

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Christian Hierneis

Abg. Gerd Mannes

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Michael Busch

Abg. Albert Duin

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)

Umwelt und Kulturlandschaft schützen - Atomausstieg verhindern!

(Drs. 18/18766)

Die Gesamtredezeit beträgt 32 Minuten. Der erste Redner ist Herr Abgeordneter Klingen für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Christian Klingen (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn es nach der Bundesregierung, aber auch unserer geschätzten Bayerischen Staatsregierung geht, wird es bald dunkel im Land, dunkel und kalt. Auch bei der Lebensmittelversorgung könnte es dann eng werden; denn wenn die Energieversorgung ausfällt, brechen auch die Lieferketten in kürzester Zeit ein. Nach drei Tagen ist zudem mit dem Zusammenbruch der Kommunikationsnetzwerke zu rechnen. Nach einer Woche erodiert die Grundversorgung. In den Krankenhäusern werden die Notstromgeneratoren streiken. Das Einzige, was dann noch im Land des größtenwahnsinnigen Gutmenschentums funktioniert, ist das Gefühl moralischer Überlegenheit. Empörtes Geschrei können Sie sich sparen; denn Anfang letzten Jahres stand Europa bereits vor einem Beinahe-Blackout mit Folgen, die wir uns lieber nicht ausmalen wollen.

Bisher konnten Bundes- und Staatsregierung der drohenden Versorgungskatastrophe nur dadurch entgehen, dass Strom aus unseren Nachbarländern für teures Geld zugekauft wurde, und zwar Strom aus Kernkraft und Kohle. Da scheint man dann plötzlich kein Problem mehr mit Atomenergie zu haben. Zusammengefasst könnte man sagen: Wenn Atomstrom für teures Geld aus dem Ausland kommt, ist die Welt der Klimasektierer in Ordnung. Kommt er dagegen für einen weit geringeren Preis aus heimischer

Produktion, muss das auf Biegen und Brechen verhindert werden. Geht es noch widersprüchlicher? – Schilda lässt grüßen.

Immerhin freuen sich unsere Nachbarländer, dass Deutschland freiwillig auf eigenen konkurrenzfähigen Strom verzichtet und das Geld beim Energieimport keine Rolle spielt. Klar: Wir zahlen mittlerweile die höchsten Strom- und Gaspreise in der EU. In den Nachbarländern Deutschlands wie Frankreich, Polen, Finnland, den Niederlanden, Ungarn, Rumänien, Tschechien, der Slowakei und Slowenien setzt man auf Kernenergie, weil Politik in erster Linie vom gesunden Menschenverstand geleitet werden muss und nicht von einer ideologischen Ponyhof-Idylle.

Die Deutschen gelten im Ausland ohnehin schon als politische Geisterfahrer. Jetzt haben Sie von den Altparteien auch noch Ihren persönlichen Super-GAU erlebt: Die EU hat die Kernkraft als grüne Energie eingestuft. Ist die EU jetzt auch ein Klimaleugner, ist sie wissenschaftsfeindlich oder gleich ganz extremistisch? Vielleicht beschäftigen Sie sich erst einmal mit der Wissenschaft, zum Beispiel mit der Kernkraft-Technologie der neuen Generation. In nicht allzu ferner Zukunft werden moderne Atomkraftwerke in der Lage sein, sich aus Atommüll zu speisen, womit das Problem der Endlagerung der Vergangenheit angehört. Die Gefahr eines GAUs ist ebenfalls ausgeschlossen, weil sich der Reaktor, zum Beispiel der Reaktor vom Typ Dual Fluid, bei Überhitzung selbst ausschaltet.

Meine Damen und Herren, wir von der AfD wissen natürlich, dass Sie unseren Antrag ablehnen werden, wie Sie trotzig alles ablehnen, was von uns kommt, also bürgerfreundlich und sachorientiert ist. Aber eines lassen Sie dabei gerne außer Acht: Sie schaden damit weniger uns als vielmehr den Menschen im Land, die die Folgen Ihrer irrationalen Klimapolitik auszubaden haben. Uns werden Sie jedenfalls nicht davon abbringen, weiterhin für sichere, preiswerte und sinnvolle Lösungen einzutreten. Die Kartellparteien sind sich offenbar einig, dass sie zum Schaden der Verbraucher handeln wollen. Bei uns werden sie damit auf erbitterten Widerstand stoßen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist Herr Kollege Alexander König für die CSU-Fraktion.

Alexander König (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Klinggen hat vergessen zu sagen, dass es in dem Antrag darum geht, die Staatsregierung aufzufordern, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Atomkraftwerke nicht abgeschaltet werden. Wie wir hoffentlich alle miteinander wissen, hat der Deutsche Bundestag am 30. Juni des Jahres 2011 mit großer Mehrheit den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Im Detail wurde festgelegt, wann welches Kernkraftwerk ausgeschaltet wird. Das Atomgesetz lässt kein neues Kraftwerk zu. Die Mehrheitsverhältnisse sind bekannt, unabhängig davon, wie man zur Kernenergie steht.

Daher ist dieser Antrag einfach Quatsch. Er führt nirgendwo hin. Außerdem ist es völlig ausgeschlossen, dass ein Bemühen der Bayerischen Staatsregierung dazu führen könnte, dass wir nicht aus der Kernenergie aussteigen. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege König. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Bergmüller vor. Bitte sehr.

Franz Bergmüller (AfD): Lieber Herr Alexander König, zuletzt haben sich Ihre beiden CSU-Granden, Herr Huber und Herr Wiesheu, mit der Aussage hervorgetan, dass die Kernkraftwerke weiterlaufen sollten. Wie stehen Sie dazu? Das sind doch Ihre Urgesteine. Das würde mich einmal interessieren. Bei Ihnen ist es doch auch nicht so, dass Sie die Kernenergie fundamental ablehnen würden. Wenn ich Ihre Reden im Wirtschaftsausschuss verfolge, dann stelle ich fest, Sie haben sehr vernünftige Ansätze.

Sind Herr Wiesheu und Herr Huber unvernünftig geworden? Oder ist das durchaus überlegenswert?

Alexander König (CSU): Herr Bergmüller, jetzt wiederhole ich mich. Darum geht es überhaupt nicht. Es geht nicht um die Frage, ob man das für vernünftig oder unvernünftig hält. Sie müssen sich die Rechtslage und die Mehrheitsverhältnisse anschauen, und zwar dort, wo das entschieden wird, nämlich im Deutschen Bundestag. Die Mehrheitsverhältnisse haben sich seit dem Jahr 2011 nicht zu Ihren Gunsten im Hinblick auf dieses Thema verändert. Von daher ist es völlig unrealistisch, egal wie man dazu steht. Deshalb ist es nicht sinnvoll, einem solchen Antrag zuzustimmen. Deswegen lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege König. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Christian Hierneis für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christian Hierneis (GRÜNE): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Forderung, den Atomausstieg zu verhindern, widerspricht diametral unseren grünen Positionen. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Mannes vor. Bitte, Herr Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Herr Hierneis, ganz so billig lassen wir Sie nicht davonkommen. Wie Sie vielleicht wissen, bin ich Ingenieur, ich habe das einmal ausgerechnet. Wenn wir die Atomkraftwerke bis zum Jahr 2045 weiter betreiben würden, hätten wir in Deutschland sage und schreibe eine Milliarde Tonnen CO₂ eingespart. Sie sind jemand von den GRÜNEN, der jedes Gramm CO₂ zählt. Wie stehen Sie dazu, dass Sie

durch den Atomausstieg nachweislich über eine Milliarde Tonnen CO₂ in die Atmosphäre blasen werden? Das ist der erste Punkt.

Ich komme zu meiner zweiten Frage. Die Kosten für Atomstrom betragen 2,7 Cent pro Kilowattstunde. Momentan haben wir die teuersten Strompreise weltweit. Warum haben Sie keine soziale Ader? – Das wären die beiden Fragen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Hierneis, bitte.

Christian Hierneis (GRÜNE): Zur Frage eins: Mit den erneuerbaren Energien sparen wir CO₂ ein. Irgendwann wollen wir auf null kommen.

Zur zweiten Frage: Sie reden von billiger Atomkraft.

(Zurufe)

Bis zum Jahr 2022 sind an staatlichen Förderungen – das sind Steuergelder – fast 300 Milliarden Euro in die Atomkraft geflossen. Sie können ausrechnen, wie viele weitere Milliarden Euro das bis zum Jahr 2040 sein werden. Im Gegensatz dazu sind die erneuerbaren Energien viel billiger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hierneis. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Rainer Ludwig für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal erfreut uns die AfD mit einem völlig unnötigen und sinnlosen Antrag. Ich glaube, diesen Humbug muss man sich erst einmal auf der Zunge zergehen lassen. Sie wollen den Atomausstieg verhindern. Sie wollen mit Kernkraft die Umwelt und die Kulturlandschaft schützen. Ich frage mich, wie das eigentlich zusammenpasst. Sie werden einfach nicht müde, uns immer wieder das Märchen der Kernenergie zu suggerieren. Deshalb sage ich zum wiederholten Male: Schon im

Jahr 2002 ist der Kernkraftausstieg festgelegt worden, ausgerichtet auf die Restlaufzeiten der Anlagen. Infolge der Reaktorkatastrophe von Fukushima hat der Deutsche Bundestag – Herr Kollege König hat das zweimal erwähnt – im Jahr 2011 die Beendigung des Leistungsbetriebs, auf gut Deutsch das Aus der deutschen Kernkraftwerke endgültig beschlossen. Das Ganze ist parteiübergreifend mit überwältigender Mehrheit erfolgt.

Meine Herren der AfD, diese Entscheidung beruht auf einem breiten gesamtgesellschaftlichen Konsens. Die Bayerische Staatsregierung hat diese Beschlüsse stets vollumfänglich mitgetragen. Deshalb sehe ich keinen Anlass, sich auf Bundesebene oder auf der europäischen Ebene weiter für Kernkraft einzusetzen. Das Atomgesetz – das ist bereits angekommen – verbietet ausdrücklich die Genehmigung neuer Kernkraftwerke.

Meine Damen und Herren, unser Ziel ist es, die fossilen Energieträger zu reduzieren und die erneuerbaren Energien massiv und ambitioniert auszubauen, und zwar technologieoffen, marktwirtschaftlich gerecht und kosteneffizient.

Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit – das steht für uns im Fokus, um Ökologie und Ökonomie zusammenzuführen. Bayern befindet sich auf einem vorbildlichen Weg. Die Versorgungssicherheit kann auch ohne Nutzung der Kernkraft gewährleistet werden. Ein sinnvoller komplementärer Energiemix aus erneuerbaren Energien gewährleistet die Sicherheit unserer Wirtschaft und unseres Industriestandorts in Bayern. Wir brauchen keine Atomkraft. Wir wollen keine Atomkraft. Sich für eine Laufzeitverlängerung einzusetzen, ist in keiner Weise zielführend. Ihr Antrag ist wie immer abwegig und absurd. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Ludwig. – Herr Abgeordneter Mannes von der AfD-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Gerd Mannes (AfD): Herr Ludwig, danke für die Ausführungen. Ich weiß nicht, ob ich richtig aufgepasst habe. Wir sitzen zusammen im Wirtschaftsausschuss. Ich sage es Ihnen gerne noch einmal. Nach Abschaltung der Atomkraftwerke müssen wir 50 %, im Winter bis zu 80 % der notwendigen Energie in Bayern importieren. Das ist der erste Punkt. Das heißt, dass wir mitnichten mit den erneuerbaren Energien das produzieren, was wir brauchen.

Ich komme zu meinem zweiten Punkt. Sie haben die Atomkraft schlechtgemacht. Ich habe es Ihnen jedoch schon mehrfach gesagt: Es könnte die Möglichkeit bestehen, den atomaren Müll in zukünftigen Reaktoren zu entsorgen. Jetzt will ich von Ihnen wissen: Was machen wir mit den Brennstäben? Wollen Sie beispielweise in Ihrem Stimmkreis ein Endlager haben? Wäre es nicht besser, wenn wir diese früher oder später in einem Reaktor entsorgen?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Ludwig, bitte.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Herr Mannes, Sie wiederholen sich sowohl im Ausschuss als auch hier. Ich denke, ich muss das nicht näher ausführen. Die Versorgungssicherheit ist gewährleistet in unserem Lande.

(Zurufe)

Die Versorgungssicherheit ist auch ohne Atomkraft gewährleistet. Darüber haben wir häufig referiert. Ich kenne Ihre Ausführungen. Ich kenne auch den Unterschied zwischen Kernspaltung und Kernfusion. Bis zu einer Realisierung des Letzteren wird es noch dreißig Jahre dauern. Zu diesem Thema ist bereits alles gesagt worden – mehrfach und immer wieder.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Ludwig. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Michael Busch für die SPD-Fraktion.

Michael Busch (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Abgeordnete der AfD-Fraktion! Wir alle wollen die Umwelt schützen. Wir alle wollen das Klima

schützen. Das wollen wir aber nicht mit Atomenergie. Wir wollen erneuerbare Energien ausbauen. Das haben wir im Ausschuss zur Genüge behandelt. Von daher ist es nicht mehr notwendig. Es wird sich nichts daran ändern, dass wir diese rückwärtsge wandte Energie schlichtweg ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Busch. – Der nächste Redner ist der Kollege Albert Duin für die FDP-Fraktion.

Albert Duin (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! So hilfreich die Kernkraft in Deutschland auch wäre, um dem Klimawandel entgegenzuwirken; dieses Kapitel ist vorläufig leider abgeschlossen. Die Betriebserlaubnis erlischt. Dagegen lässt sich nichts machen. Das Personal ist schon entlassen oder in andere Länder abgewandert. Wir können diese alte Technologie nicht mal mehr aufrechterhalten.

Ich weiß nicht, was wir machen sollen. Wir können jetzt nicht mehr entscheiden, es weiterlaufen zu lassen. Wir müssen forschen und entwickeln. Wir dürfen dabei für die Zukunft keine Scheuklappen haben. Das ist klar. Aber heute bereits zu fordern, wir müssten neue Kernkraftwerke bauen, geht nicht. Wir können das erst dann tun, wenn wir eine vernünftige Technologie haben, die es sicher macht und uns vor allem den Abfall erspart. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Duin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! Das sind die restlichen Fraktionen. Herr Abgeordneter Sauter fraktionslos), sind Sie dafür oder dagegen? – Dagegen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, gebe ich die Ergebnisse der beiden vorher durchgeführten Richterwahlen – Tagesordnungspunkt 7 – bekannt.

Zunächst komme ich zur Wahl von Herrn Andreas Dengler zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs. An der Wahl haben 104 Abgeordnete teilgenommen. Es gab keine ungültigen Stimmen. Auf Herrn Dengler entfielen 82 Stimmen (Anm.: Berichtigung nach Wahlprüfung von 80 auf 82). Mit Nein stimmten zwei Abgeordnete. Ihrer Stimme enthalten haben sich 20 Abgeordnete (Anm.: Berichtigung nach Wahlprüfung von 22 auf 20). Ich stelle fest, dass der Bayerische Landtag Herrn Andreas Dengler mit Wirkung vom 1. März 2022 zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs gewählt hat.

Ich fahre mit der Wahl von Herrn Dr. Hans Rötzer zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs fort. An der Wahl haben 104 Abgeordnete teilgenommen. Es gab keine ungültigen Stimmen. Auf Herrn Dr. Rötzer entfielen 83 Stimmen. Mit Nein stimmte ein Abgeordneter. Ihrer Stimme enthalten haben sich 20 Abgeordnete. Ich stelle fest, dass der Bayerische Landtag Herrn Dr. Hans Rötzer mit Wirkung vom 1. Juni 2022 zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs gewählt hat. – Herzlichen Glückwunsch! Der Tagesordnungspunkt 7 ist damit erledigt.